

# Einkommensrunde 2023 im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen

Informationen  
für Bürgerinnen  
und Bürger

**dbb:**  
**wir.**  
**für euch.**

**10,5%**  
**500 Euro**  
**mindestens**

Am 24. Januar 2023 haben die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf Bundesebene und in den Kommunen begonnen.

Davon sind bundesweit direkt oder indirekt über 2,5 Millionen Beschäftigte betroffen.

Sie arbeiten in ganz unterschiedlichen Bereichen: Von Abfallwirtschaft und Bundespolizei, über Kita und Krankenhaus bis Stadtverwaltung und Zoll.

Doch sie alle haben eins gemeinsam: Die Beschäftigten geben alles dafür, dass die öffentliche Daseinsfürsorge in diesem Land für alle funktioniert – sofern die Politik das zulässt.

Denn leider fehlen wegen der falschen Sparpolitik im öffentlichen Dienst schon heute über 360.000 Beschäftigte. Und in den nächsten zehn Jahren gehen auch noch über 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand.

Wir alle merken das täglich, wenn zum Beispiel wegen Personalmangel die Kita mal wieder früher schließt oder im Bürgeramt niemand ans Telefon geht.

Um genügend Nachwuchs und Fachkräfte zu gewinnen, müssen die Einkommen dringend steigen. Aber natürlich auch, damit die Kolleginnen und Kollegen ein ordentliches Auskommen haben. Denn die rasante Inflation trifft auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der Supermarktkasse, der Tankstelle und bei der Stromrechnung.

Wir wollen eine Erhöhung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro. Das klingt viel, ist aber angesichts der explodierenden Preise angemessen.

Wenn der Staat in der Lage ist, hunderte Milliarden Euro in Aufrüstung und Rettungspakete zu stecken, muss er auch seine Beschäftigten ordentlich bezahlen können.

Der Staat muss hier außerdem mit gutem Beispiel vorangehen, denn natürlich sollen auch die privaten Unternehmen ihren Beschäftigten gerade jetzt in der Krise anständige Löhne zahlen.

Bisher stellen sich die Politiker quer. Weder die Bundesregierung noch die Kommunen sind zu fairen Kompromissen bereit.

Deshalb tragen wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, unseren Protest nun auf die Straße.

Wir sind Bundespolizistinnen und Bundespolizisten. Wir sind Müllwerkerinnen und Müllwerker. Wir sind Erzieherinnen und Erzieher. Wir sind Pflegekräfte. Wir sind Straßenwärterinnen und Straßenwärter. Wir sind Feuerwehrleute. Wir sind Eure Nachbarinnen und Nachbarn.

Wir wissen, dass unsere Streiks und Demonstrationen auch manche von Euch treffen. Das tut uns leid, aber die Politik lässt uns keine andere Wahl. Deshalb seid bitte nicht wütend auf uns. Vielmehr bitten wir um Eure Solidarität. Damit wir auch in Zukunft für Euch da sein können.

Herausgeber:  
dbb beamtenbund und tarifunion  
Internet: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

**Alle Informationen: [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)**